

Die RGO ruft zur Offensive aller Betriebe und Stempelstellen auf

Geg'n den drohenden Abbau der Löhne, Unterstützungen und Sozialleistungen muß zum Angriff, als der besten Abwehr dieser Anschläge, übergegangen werden

Vom Reichskomitee der RGO. wird uns geschrieben:

I. Die Taktik der Bourgeoisie

Trotz aller Vernebelung in den Zeitungen, in Reden von Ministern und Gewerkschaftsführern, daß die Regierung keinen neuen allgemeinen Lohn- und Unterstützungsabbau beabsichtigt, daß die Arbeiterschaft sich nicht von neuem durch leere Versprechungen einlassen lassen, wenn sie nicht, wie im Januar 1932, überrompelt werden soll. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition alarmiert die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, daß die Bourgeoisie alle Maßnahmen vorbereitet, um unmittelbar nach den Wahlen am 24. April eine neue Senkung der Lebenshaltung der werktätigen Massen durchzuführen. Herr Stegerwald hat auf dem „Krisenkongreß“ des ADGB. einiges über die vorgesehene Taktik bei der diesmaligen Kapitaloffensive duz. blickten lassen. Der Verlauf des Krisenkongresses mit seinem Täuschungsmanöver der „Arbeitsbeschaffung“ zeigt, daß in der Grundlinie des geplanten Angriffs auf die Löhne, Erwerbslosenunterstützungen und Sozialbeiträgen geheime Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bestehen und daß das Zusammenpiel mit verteilten Rollen und neuen Manövern bereits voll im Gange ist.

Wie „Preisrentung“ und „Mietrentung“ die Leinrenten waren, um die Arbeiter vom Kampf um den Lohn im Januar abzuhalten, so soll es diesmal die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ sein, die die wirklichen Pläne der Kapitalisten bis zum letzten Moment verhüllen soll. Die RGO sagt den Erwerbslosen voraus, daß es ein hoffnungsloser Glaube wäre, bei dem verhärteten Fortgang der kapitalistischen Krise damit zu rechnen, daß durch die „Arbeitsbeschaffung“ der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eine teilweise Wiedereinstellung in die Betriebe erfolgen werde.

Was planen die Kapitalisten?

In den Geheimbesprechungen Ende 1931 im Wirtschaftsbeirat wurden bei Mitarbeit der Industriellen und der reaktionären Gewerkschaftsführer von der Regierung Brünning Leitpläne ausgearbeitet, die bereits eine „einstufige Angleichung der Tarifverträge an die Wirtschaftslage“ vorsahen. Der vorgesehene generelle Lohnabbau der Unternehmer soll jetzt auf differenzierte Weise, weil man dadurch mit Hilfe der Gewerkschaftsführer am leichtesten sozialen Kämpfen aus dem Wege zu gehen hofft, durchgeführt werden. Unter dem Schlagwort „Elastizität“ und „Verfeinerung“ des Tarifsystems soll den Unternehmern durch gesetzliche Bestimmungen (bei formeller Aufrechterhaltung von Scheintarifverträgen) die größte Bewegungsfreiheit im einzelnen Betrieb bei der Festlegung der betrieblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert werden. Die Dreieinigkeit des kapitalistischen Lagers Unternehmer, Regierung, Gewerkschaftsführer plant folgendes: **Verkleinerung aller großen Tarifgebiete in viele Teile, Festlegung von einander verschiedene Tarifabläufe, um die Arbeiter getrennt anzugreifen und getrennt schlagen zu können.** Auf einer solch neuen Basis soll dann der Angriff in den Einzelbetrieben erfolgen, die als Präzedenzfall das Signal für die Niederdrückung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in ganzen Gruppen von Betrieben bzw. in dem betreffenden Gebiet oder in der betreffenden Industrie geben sollen. Für „notleidende Betriebe“ (welche Betriebe sind heute nicht „notleidend“?) soll es den Unternehmern gesetzlich erlaubt sein, besondere tarifliche Sonderbestimmungen einzuführen. Die Reformisten könnten also behaupten, daß sie den kollektiven Tarifvertrag „gerettet“ haben, aber der Unternehmer soll das Recht erhalten, untertarifliche Löhne zu zahlen und schlechtere Arbeitsbedingungen durchzuführen.

Auf Zechen „Karoline“ im Ruhrgebiet waren die Direktoren und der sozialdemokratisch-christliche Betriebsrat bereits so weit, einen derartigen Präzedenzfall durchzuführen (25prozentigen freiwilligen Lohnabbau bzw. drei Gratistage im Monat „zur Rettung des Werkes“), bis ihnen der Streik der Belegschaft einen Strich durch die Rechnung machte. Es ist damit zu rechnen, daß in vielen Fällen Unternehmer und Gewerkschaftsführer jetzt versuchen werden, solche „freiwillige Betriebsvereinbarungen“ zu treffen.

„Angleichung“ der Löhne untereinander

Neben dieser Hauptlinie der Taktik der Unternehmer und ihrer Agenten in den Gewerkschaftsbüros, ihre Pläne betrieblich und auf geographisch kleinen Tarifgebieten differenziert durchzuführen, streben sie jetzt auf eine Nivellierung der Löhne auf die Basis der niedrigsten Lohnstufen los. Zuerst geht es an die „Anpassung der noch überhöhten Löhne“ der Bauarbeiter und Gemeindearbeiter. Der mit den reformistischen Führern einstimmig beschlossene Schiedsspruch für einen 10prozentigen Lohnabbau im Berliner Baugewerbe zeigt, daß die ADGB-Führer die von ihnen eingegangenen Geheimabmachungen strikt innehalten. Dasselbe werden wir ziemlich sicher bei den Gemeindefahrern erleben. Ebenso zeigt der mit Hilfe der „Hammerstraße“ der Grube Paul II in Mitteldeutschland niedergelappte Streik der Belegschaft der Grube „Siegfried“, daß die „Aerzte des Kapitalismus“ nach wie vor den offenen Streik durchzuführen gewillt sind. Nicht einmal zum Schein haben die Leipart & Co. auf dem Krisenkongreß protestiert, als Herr Stegerwald seine Lohnabbautheorie der „Angleichung der Löhne“ entwickelte. „Um des Staates willen“, wie Leipart sagte, werden sie ihre Katalanenrolle gegen die Arbeiter bis zu Ende durchführen.

Angriff auf die Bestimmungen des Manteltarifs und andere Abbaumethoden

Die Kündigung der Manteltarife in fast allen Industrien zeigt, daß jetzt ein großes Anströmen mit all jenen sozialen Leistungen, Bestimmungen des Arbeiterlohnes usw., die die Ar-

beiter sich erkämpft hatten, einsetzen soll. Der Angriff auf den Urlaub hat bereits eingesetzt. Jetzt soll folgen die Verschlechterung der Bedingungen für Akkordarbeit, der Entschädigung der Schwerkraft, oder gesundheitschädlicher Arbeit, Abbau von Kindergeld, Hausstandsgeld, Mietszuschüsse, Schutzkleidung und von vielfältigen anderen Positionen.

In manchen Industrien soll das Krümpersystem eingeführt werden (besonders im Bergbau); die Rationalisierung verschärft werden. (Eisenbahn, Textil usw.); ein neuer Lohnabbau durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich oder Arbeitszeitverlängerung im Betrieb ohne Lohnausgleich durchgeführt werden

Vorstoß gegen die Erwerbslosen- und Sozialversicherung

Regierung, Unternehmer und reaktionäre Gewerkschaftsführer sind sich darüber einig, die Erwerbslosen- und Sozialunterstützung nach und nach ihres Versicherungscharakters ganz zu entkleiden und damit die Voraussetzungen zur Ausschaltung immer größerer Massen von Unterstützungsempfängern aus der staatlich und behördlichen Unterstützung zu schaffen. Der erste Schritt soll die Zusammenlegung der drei Unterstützungsarten bei den Erwerbslosen in eine allgemeine Fürsorge sein. Das bedeutet eine neue, ungeheuerliche Verschlechterung der Unterstützungsbedingungen. Parallel geht unter dem Schlagwort der „Reorganisierung der Gemeindefinanzen“ der Angriff mit dem Ziel der Entlastung der Gemeinden, von der Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen und ihrer allmählichen Überantwortung an die private Wohlfahrt.

Aus der Rede Stegerwalds auf dem Krisenkongreß ging klar hervor, daß die sogenannte „Arbeitsbeschaffung“ in der Hauptsache durch Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht erfolgen soll, „um die Erwerbslosen von der Straße wegzubringen“. In Wirklichkeit soll die Arbeitsdienstpflicht ein Mittel sein, die Erwerbslosen durch den Zwang zur Arbeitsleistung bei Zahlung von untartiflichen Löhnen, bei drohendem Entzug jeglicher Unterstützung im Falle der Verweigerung von Dienstpflichtarbeit, fest in die Hände zu bekommen, und als Lohnbrüder und Streikbrecher gegen die Betriebsarbeiter einzusetzen.

Arbeitsbeschaffungsmanöver geplatzt

War schon das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB auf der Basis gefährlicher, inflationärer Vor schläge basiert, so hat Stegerwald ganz offen erklärt, daß zusätzliche Arbeit und erst recht Arbeit zu tariflichen Löhnen nicht in Frage käme und daß gegenüber dem ADGB-Plan „Nicht stund das Kleinere Uebel“ sei. Die Bourgeoisie gibt selbst den Bankrott ihrer ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramme zu. Sie hat keinen solchen finanziellen Weg der „Ankurbelung der Wirtschaft“. Am so rückwärtslos und brutal wird sie zur Aufrechterhaltung ihrer Machtpositionen die Arbeiter bei den Löhnen, bei der Unterstützung und den Sozialleistungen angreifen und — wie das die Entwicklung der letzten Wochen zeigt — immer offener den verzweifelten Versuch machen, durch die Eingliederung in die Interventionsfront unter Führung des französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion einen Ausweg zu finden.

II. Die Kampflinie der RGO.

Entsprechend den Lehren der Januarbewegung (siehe Resolution der Märztagung des Reichskomitees) muß in allen Industriesparten das Schwergewicht auf die Organisierung der Teilkämpfe gelegt werden. Durch die Streikreismachung jedes einzelnen Betriebes, durch die Mobilisierung der Erwerbslosen an jeder Stempelstelle muß auf dem Wege der Entschleunigung kleiner Bewegungen und Streiks in den Abteilungen eine zielbewusste Linie der Erweiterung dieser betrieblichen Bewegungen und örtlichen Aktionen der Erwerbslosen in der Richtung der Verbreiterung zu Kämpfen von Gruppen, von Betrieben bzw. von ganzen Gebieten, bis zu großen Wirtschafts- und politischen Massenkämpfen, durchgeführt werden.

Was der RGO und den roten Verbänden noch fehlt, ist der führende Angriifsgedanke, der jede Gelegenheit, jeden noch so kleinen Konflikt zum Anlaß nimmt, um die Kämpfe der Arbeiter zu organisieren. Weg mit dem passiven „Warten“ auf die Tarifabläufe, auf die Tarifverhandlungen. Das ist Defensivität. Andere Maßnahmen dürfen unter keinen Umständen sich nur auf die Abwehr der Generalangriffe des Klassengegners orientieren. In jedem Betrieb gibt es tagtäglich Zusammenstöße zwischen Unternehmern und Arbeitern. In jedem Betrieb gibt es viele Dinge, mit denen die Arbeiter nicht zufrieden sind. Heute ist es noch so, daß täglich Gelegenheiten verpaßt werden, wo die RGO-Anhänger bei Konflikten die Arbeiter in eine Bewegung für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen führen können. Jetzt, wo der Unternehmer durch den Angriff auf die Manteltarifbestimmungen den Arbeiter im Betrieb an Duhenden von Stellen angreift, wo eine neue Welle großer Unzufriedenheit durch die Belegschaften geht, jetzt muß die RGO, müssen die Verbände sich an die Spitze der Massen der einzelnen Abteilungen und Betriebe stellen. Es droht durch die Verschlechterung der ganzen Sozialversicherung weitlicher Abbau einer Anzahl sozialer Leistungen. Es gibt viele Möglichkeiten, z. B. beim Kampf um die Verbesserung der Arbeitsordnung, offensiv Stellung zu nehmen und entsprechende Forderungen zu stellen.

Genau dasselbe trifft für die Erwerbslosen zu. Eine Kommune nach der anderen geht zur Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungen, zur Streichung der Zulagen usw. über. Schon droht der Städtetag mit neuen rigorosen „Sparmaßnahmen“ und Einstellung der Unterstützungen, und die Regierung bereitet neue Notverordnungen zur „Reform“ der Erwerbslosenversicherung, zur Frage der Arbeitsdienstpflicht usw. vor. Nur wenn es der RGO gelingt, durch die tägliche Vertretung der kleinste Arbeiterinteressen eine Kampflinie zu schaffen, immer

mehr Teilerfolge durch den Kampf zu ertrotzen, dann wird es auf dem Wege über diese kleinen Bewegungen, die Voraussetzungen für die Entwicklung großer Kämpfe, gelingen, zur Abwehr der großen Schläge der Kapitalisten, zum Übergang der Arbeiterklasse zur Gegenoffensive gegen die Kapitalisten auf breiter Front zu kommen. Nur dank einer solchen offensiven Kampfideologie gelang es den polnischen und tschechischen Klassengenossen, ihre großen Kämpfe durchzuführen und Teilerfolge zu erzielen.

Der Kampf in den Betrieben und Stempelstellen muß unmittelbar und ohne Abwarten organisiert werden.

Nur wenn jede Betriebsgruppe und Erwerbslosen Gruppe die aktuellsten Forderungen der Arbeiter in einer Plattform von Kampfforderungen zusammenfaßt, wie sie den Bedürfnissen der Arbeiter in der einzelnen Abteilung, im gesamten Betrieb entspricht, werden sie aus der Defensivität in eine Angriffsstellung gegen die Kapitalisten kommen und durch die Vertretung und Durchführung dieser Forderungen oder eines Teiles davon das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. Jeder Betrieb muß daher nicht nur die wichtigsten allgemeinen Forderungen seiner Industriegruppe, sondern die konkretsten speziellen Forderungen, wie sie der Lage im Betrieb und seinen einzelnen Teilen entsprechen, zur Grundlage des betrieblichen Kampffrogramms nehmen. Diese Forderungen müssen in den Abteilungsverfassungen von den Arbeitern selbst beschlossen werden. Bei dem Kampf um den Inhalt des Manteltarifvertrages ist es zwar nützlich, daß die einzelnen Industriegruppen einen eigenen Tarifvertrag der RGO ausarbeiten. Im Vordergrund und für die Organisierung des aktuellen Kampfes müssen jedoch die wichtigsten, aktuellsten, populärsten Kampfforderungen des Betriebes stehen.

Auf der Grundlage der von Arbeitern selbst aufgestellten Forderungen müssen in den Abteilungen die Vertreter zum vorbereitenden Kampfschuß des Betriebes gewählt werden. Bei sorgfältiger Durcharbeitung des gesamten Betriebes findet dann die Wahl des betrieblichen Kampfschußes entweder in einer Belegschafts- oder in einer Delegiertenversammlung des Betriebes statt. Nur wenn alle Betriebsgruppen der RGO, offenst zum Angriff rufen, jetzt schon für bestimmte Forderungen Bewegungen organisieren und erfolgreich durchführen, dann werden sie auch imstande sein, die drohenden generellen Angriffe der Unternehmer erfolgreich abzuwehren.

Neben dem Abbau der Löhne, Unterstützung und sozialen Leistungen, ist eine der schlimmsten Folgen der kapitalistischen Krise die große Kurzarbeit und die ständige Erobung der Entlassung. Auch hier müssen wir jene passiven Tendenzen überwinden, als ob gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen nichts gemacht werden könne. Wie bei der Organisierung eines Streiks kommt es auch hier darauf an, von den kleinsten Protestbewegungen, Handzetteln, Diskussionen in den Pausen, Hörsammlungen, kurzfristige Aktionen, Sprechchöre vor den Betrieben mit Hilfe der Erwerbslosen die Massen Schritt für Schritt an den direkten Kampf gegen die Kurzarbeit und die Massenentlassungen heranzuführen.

Persönliche Verantwortung, praktische Mitarbeit aller Leitungsmitglieder an der Kampf-mobilisierung im Betrieb und auf der Stempelstelle.

Die Lehren der Januarbewegung zeigen, daß die Leitungen der RGO, eine ständige direkte Verbindung mit den Betrieben durch persönliche Mitarbeit und tatsächliche Führung des Kampfes an den wichtigsten Punkten haben müssen. Die Aufgaben, wie sie in dieser Beziehung in der Resolution des Reichskomitees ganz konkret festgelegt wurden, müssen unbedingt durchgeführt werden.

Aktive und kühne Einheitsfront von unten

Die Mobilisierung der Massen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen kann nur bei Anwendung einer guten Einheitsfront von unten gelingen. Deswegen ist notwendig, daß die RGO-Mitglieder und Funktionäre führen an die sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte, an die Gewerkschaftsfunktionäre und an die unteren Leitungen der Verbände, an alle in den reaktionären Verbänden organisierten Arbeiter, an alle Unorganisierten, mit dem Angebot des gemeinsamen Kampfes auf Grund unserer Kampfforderungen in der Frage des Lohnes, der Arbeitszeit, des Naziterrorismus usw. herantreten. Dazu gehört das offensivste Auftreten aller Anhänger der RGO, innerhalb der reaktionären Gewerkschaften, das Einbringen entsprechender Anträge für den gemeinsamen Kampf und die Entwicklung einer Oppositionsbewegung in diesen Verbänden.

Mobilisierung der gesamten RGO.

Um diese Linie des kühnen Angriffs in der gesamten RGO durchzuführen, ist es notwendig, daß unter allen Umständen überall die Mitgliederorganisationen der Betriebsgruppen und Erwerbslosen Gruppen der RGO, zusammenzutreten, daß überall funktionierende Leitungen gewählt und der Kampfplan für die Arbeit im Betrieb und auf der Stempelstelle von der Mitgliedschaft beschlossen wird. Es darf in den nächsten Tagen keine Organisation, keine Leitung der RGO, geben, bei der nicht die unmittelbare Organisierung des Kampfes auf der Tagesordnung steht und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Die Führung des Kampfes um bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen, um höhere Unterstützung und Arbeitsbeschaffung zur Zurückschlagung jedes neuen Versuches eines Abbaus muß im Mittelpunkt der gesamten Arbeit der RGO, in ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg, in der Durchführung des Erwerbslosetages, in der Massenagitierung für die Wahl der kommunistischen Liste am 24. April und für die Organisierung des Weltkampftages der Arbeiterklasse am 1. Mai stehen.

Die Lage erfordert, daß die RGO, auf der ganzen Linie der Betriebe und Stempelstellen zum Angriff übergeht.